

بِسْمِ اللَّهِ الرَّحْمَنِ الرَّحِيمِ

Bereitet Erdogan die Ausrufung des Kalifats in der Türkei vor?

Von Isam al-Shaikh Ghanim

Aufrichtig sehnen sich die Muslime nach dem Kalifat. Aus den Ruinen der Erniedrigung und Zerstörung, die sich über fast die gesamte islamische Welt ausgebreitet haben, richten sich die Blicke der Muslime heute erwartungsvoll in Richtung eines solchen Bebens. Es ist der Tag, an dem die Muslime sowohl in der Türkei als auch in den arabischen und übrigen Ländern der islamischen Welt die Initiative wieder selbst in die Hand nehmen, nachdem sie ihnen abhanden gekommen war. Keinem anderem werden sie ihre Loyalität schenken als Allah, ihrem Herrn. Sie werden von jedem System ablassen, das nicht ihrem Din, dem großartigen Islam, entspringt. Der Islam hob die Araber von der Stufe eines marginalisierten, unbedeutenden Volkes auf die Stufe einer führenden Macht, nachdem sie ihre internen Angelegenheiten mit den Gesetzen des Islam gelöst hatten. Sie stiegen in solch rasanter Zeit zu einer Macht auf, worüber sich Denker und Politiker noch heute den Kopf zerbrechen. Die Muslime begannen umliegende Gebiete einzunehmen und den gewaltigen Islam zu verbreiten. Die arabischen Stämme auf der Halbinsel wandten sich der neuen Religion zu. Noch bevor das erste Jahrhundert nach Errichtung Staates, den Muhammad (s.) gegründet hat, verstrichen war, stand der Islam auf stabilem Boden. Der Staat ging nun offensiv gegen die Großmächte vor, die ihn umgaben. Die große Frage, die sich die Muslime stellen und die sie sich leicht beantworten, lautet: Wenn wir das Gleiche wiederholen und ein zweites Mal das Kalifat errichten, wären wir dann wieder in der Lage, Gleiches zu vollbringen wie im ersten Staat des Islam? Und wenn die Muslime die Frage zweifellos mit „Ja“ beantworten, die Denker in den Ländern des Unglaubens wissen dies sehr genau. Die Politiker in den Großmächten fürchten die Wiederkehr des Islam. Und sie befürchten außerdem, dass die Rückkehr des Islam von einem heute starken Staat wie der Türkei ausgehen könnte, deren Volk von einer Wiederkehr des ruhmreichen Islam träumt, zurückblickend auf die osmanische Geschichte, als Istanbul Zentrum des islamischen Staates und der Umma weltweit war. Die Rückkehr des Islam könnte auch von einem starken Staat wie Pakistan ausgehen oder von Ägypten, das über eine große Armee verfügt und sowohl mit dem Mittelmeer als auch mit dem Roten Meer verbunden ist und wo sich darüber hinaus der Suez-Kanal befindet, dem Korridor des internationalen Handels.

Um die amerikanischen und europäischen Ängste vor einem Beben des Kalifats zu begreifen: Der Westen nimmt wahr, dass sich die islamische Umma in einem Modus des Widerstandes befindet. Bisher war es dem Westen ein Leichtes, alles, und sei es noch so unbedeutend, in der islamischen Region zu kontrollieren. Er hatte alles fest im Griff. Doch mit Beginn dieses Jahrhunderts entfaltete sich in den Reihen der islamischen Umma ein neuer Zustand der Aufsässigkeit. 2001 machte sich dieser Zustand das erste Mal bemerkbar. Damals weigerte sich die Bewegung der Taliban in Afghanistan, sich von der

Organisation der al-Qaida loszusprechen, die damals von den USA für die Anschläge vom 11. September verantwortlich gemacht wurden. Die Taliban zogen es vor, zu kämpfen und verloren mit der US-Besetzung Afghanistans ihre Macht. Damit abfinden wollten sie sich allerdings nicht. Das war der nur der Anfang. Es folgte 2003 die amerikanische Besetzung des Irak. Nachdem die Amerikaner die siegreiche Beendigung des Irakkrieges erklärten, trat ihnen massiver Widerstand entgegen. Dieser Widerstand zeigte keine Angst vor dem amerikanischen Heer, sodass die Amerikaner im Morast des Irak versanken, bis sie beinahe bezwungen wurden. Dann kam das Jahr 2011, das den Beginn des Arabischen Frühlings mit dem Ruf nach dem Sturz des Regimes, einläutete. Es beinhaltete damit die Forderung nach dem Sturz der Marionettenregime Amerikas bzw. Europas, Regime, die von Fäulnis zerfressen waren und die ihre Legitimation bei den Völkern längst verloren hatten. Diese Aufstände kamen für amerikanische und europäische Nachrichtendienste unerwartet. Und so schrillten bei ihnen laut die Alarmglocken, als der Zustand der Aufmüpfigkeit begann, sich Bahn zu brechen. Der Aufstand in Syrien nahm allerdings eine Sonderstellung ein. Denn dem Ruf nach einem Sturz des Regimes gesellte sich ein weiterer Ruf hinzu, nämlich dem nach dem rechtgeleiteten Kalifat (Khilafa Rashida). Es war ein Ruf, der eine sehr brisante Forderung trug. Gegen diese Rebellion gingen die USA mit härteren Maßnahmen vor. In dem Versuch, diese Revolution niederzuschlagen, half man dem Assad-Regime mit Iranern und Russen aus. Gleichwohl traten die USA als Feinde des Regimes auf und als Gegner seiner russischen und iranischen Verbündeten. Aus US-Sicht war dies eine notwendige Politik, um die Gefahr in den Griff zu bekommen, noch bevor die Dinge aus dem Ruder laufen und womöglich explodieren. Kurzum: Die syrische Revolution hat bei den Amerikanern Ängste ausgelöst. Es waren Ängste, sich kurz vor dem Beben zu befinden, den ein Kalifat nach dem Plane des Prophetentums auslösen würde.

Daraus ergaben sich zwei Sachverhalte. Der eine hat damit zu tun, dass die Türkei damit begann, stärker mit den USA zusammenzuarbeiten, um die syrische Revolution zu vereinnahmen. Der große Bonus der Türkei war dabei, dass die Regierungspartei AKP den Ruf hat, eine „islamische“ Partei zu sein und dass sich Präsident Erdogan großer Beliebtheit erfreute, besonders bei den sogenannten „islamisch-moderaten“ Bewegungen. Der zweite Sachverhalt hat mit der Ausrufung des „falschen“ Kalifats in der Stadt Mossul zu tun. Basierend auf diesen beiden Sachverhalten hat sich in den USA eine neue Vision entwickelt, die den Namen „Osmanische Türkei“ trägt, welche als möglicher Weg gesehen wird, der islamischen Welt die Widerspenstigkeit auszutreiben. Um zu unterstreichen, dass die Amerikaner es mit dieser Anschauung ernst meinen: CNN Arabi meldete am 12.06.2014: „Seit Jahren spekulieren Experten darüber, dass bestimmte Faktoren zusätzlich Öl ins Feuer einer explosiven Region gießen könnten. Einige Faktoren sind in der Geschichte zu suchen. Andere hängen mit wichtigen Entscheidungen neueren Datums zusammen.“ Analysten des Nordatlantikkraates warnten davor, dass das Chaos in der arabischen Region in die Idee münden könnte, „die darauf basiert, dass ein Kalifatsstaat auf einem großen Territorium entsteht.“ 2016 warnten US-amerikanische Experten vor dem Ausbruch zweier großer Kriege, die gegen die USA gerichtet sein würden - einer im islamischen Raum, der andere in China. Das bedeutet: Aus Angst um ihre Hegemonie und ihre internationale Position, nehmen die USA das mögliche Beben eines Kalifats, das auch ohne erkennbare Vorzeichen vor deren Augen ausbrechen könnte, sehr ernst. Daher haben sie damit begonnen, Vorkehrungen zu treffen. Und damit der Sachverhalt deutlich

wird, muss ein Blick auf die wahre Natur der Herrschaft in der Türkei geworfen werden ebenso wie auf die Frage der Loyalität Erdogans. Es muss beleuchtet werden, was es mit der Anziehungskraft Istanbuls und Ankaras auf die sogenannten gemäßigten Gruppierungen auf sich hat? Anschließend werden wir uns erneut der US-Vision einer „osmanischen Türkei“ zuwenden und der Frage nachgehen, wie ernst sie zu nehmen ist. Wie sieht es mit den Zugeständnissen aus, die der „osmanischen Türkei“ seitens der USA gewährt werden? Es werden zudem die Indikatoren für ein „Osmanentum“ Erdogans unter die Lupe genommen. Zum Schluss kann dann der Ernst dieser gefährlichen Idee bewertet werden, um zu verhindern, dass Muslime sich von ihr täuschen lassen und in eine große politische Falle hineintappen.

Die Wahrheit über die Herrschaft in der Türkei

Was die Frage der Herrschaft in der Türkei betrifft, so ist sie ganz klar laizistisch. Es ist das System, welches Mustafa Kemal Atatürk auf den Trümmern des osmanischen Kalifats errichtete und das noch unverändert als System in der heutigen Türkei herrscht. Gleichgültig, ob es sich um die von Erdogan gewünschte (und 2017 per Referendum durchgesetzte) präsidentiale oder die parlamentarische Staatsform handelt, bei der ein Ministerpräsident die Staatsgeschäfte lenkt. Beide Formen sind Ausprägungen der kapitalistischen Ordnung und haben keinerlei Bezug zu unserer einzigartigen Lebensordnung (Din) noch besteht irgendein Berührungspunkt zwischen ihnen und dem Islam. Der Laizismus stellt, was die Regierungsform angeht, ein nichtislamisches System dar. Auch hinsichtlich der Politik, die im Inneren des Staates praktiziert wird, handelt es sich keinesfalls um islamische, sondern um kapitalistische Politik. Die Gesetze der heutigen Türkei sind Gesetze, die von Menschen stammen und im Parlament beschlossen werden. Zu ihnen gehören – abgesehen von einigen wenigen Ausnahmen, die das Persönlichkeitsrecht betreffen – keine islamischen Rechtssprüche (Ahkam Shar'iyah). Doch sogar die Mehrehe, die der Islam für Männer erlaubte, wurde nach türkischem Gesetz aufgehoben und für verboten erklärt. Mehr noch: Einer muslimischen Frau ist es nach türkischem Recht gestattet, die Ehe mit einem nichtmuslimischen Mann zu schließen. Auch die Gesetze der Justiz stammen aus menschlicher Feder und basieren nicht auf der islamischen Jurisprudenz.

Auch wenn Erdogans AKP, die regierende Partei im Land noch so oft als islamische Partei beschrieben wird. Es ist nur der äußere Schein. Nichts hat diese Partei an den von Menschen gemachten Gesetzen geändert, nicht mal den Versuch dazu unternommen. Andere „islamische“ Gruppierungen haben sich etwa der Idee des Tadarruj angenommen. Die einfachste Bedeutung von „Tadarruj“ (ungeachtet der islamrechtlichen Betrachtung) ist: Ein Staat, der den Islam über den Weg des „Tadarruj“ zu implementieren gedenkt, tut dies, indem er nach und nach islamische Gesetze (Ahkam Shar'iyah) zur Umsetzung bringt. Jedes Jahr kommen weitere islamische Gesetze hinzu. Das ist das einfachste Verständnis von „Tadarruj“. Doch Präsident Erdogan mit seiner „islamischen“ Partei hat nicht ein einziges der islamischen Gesetze (Ahkam Shar'iyah) umgesetzt - mit Ausnahme einiger weniger Gesetze aus dem Persönlichkeitsrecht, wie wir erwähnten, und die ohnehin vor Erdogans Ära existierten. Trotz der seit 2002 währenden Amtsführung Erdogans in der

Türkei ist kein islamisches Gesetz zusätzlich implementiert worden. Überhaupt: Erdogan selbst hat nie die Idee des „Tadarruj“ propagiert oder zur Debatte gebracht. Ahkam Shar'iyah hatten nie einen Platz in seinen Wahlprogrammen. Er ist ein erklärter Laizist, und er schämt sich seines Laizismus nicht. Mehr noch: Er rief die Muslimbrüder in Ägypten zum Laizismus auf. „Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan forderte die Ägypter zum Aufbau eines laizistischen Staates auf und betonte, dass ein laizistischer Staat nicht gleichbedeutend mit einem atheistischen Staat sei. Das Prinzip der Trennung von Religion und Staat müsse in der Verfassung Ägyptens garantiert sein, sagte er in einem Interview mit dem ägyptischen Fernsehsender *Dream TV*. Er halte die Türkei für das geeignete Vorbild eines laizistischen Staates.“ Dabei wies er darauf hin, dass er Muslim sei, obwohl er des Amt des Premierministers in einem laizistischen Staat bekleide. (DWA, 13.09.2011)

Erdogan und seine Partei bekämpfen sogar vehement islamische Gesetze (Ahkam Shar'iyah). „Die türkische Regierungspartei „Gerechtigkeit und Entwicklung“ entschied, zwei Abgesandte in die am Schwarzen Meer gelegene Stadt Rize zu entsenden, um ein offizielles Verhör mit Khalil Bakrici, einem Parteimitglied und Bürgermeister der Stadt, durchzuführen. Es geht dabei um Äußerungen gegenüber Medien, in denen er die Erlaubnis der Mehrehe in der Türkei vertrat, was einen Verfassungsverstoß darstellt.“ (Dot Masr, 14.11.2014)

Zudem ist die türkisch-nationalistische Gesinnung ein integraler Bestandteil des Herrschaftssystems in der Türkei. So sind kurdische und arabische Muslime geduldete Minderheiten im türkischen Staat. Bei der Besetzung der Stellen im Staatsdienst werden sie übergangen. Diesen nationalistischen, islamfremden Charakter verbirgt der Staat nicht mal. Als hätte der Gesandte Muhammad (s) nicht gesagt: „Lasst ab davon, denn es (‘Asabiya) ist verrottet!“ Der Islam lehnt jede Form von ‘Asabiya (Nationalismus, Patriotismus, Tribalismus) ab, das eine Spaltung in der islamischen Umma hervorruft und erklärte es für verboten.

Was die türkische Außenpolitik betrifft, so basiert sie definitiv nicht auf dem Islam. Nirgendwo im Ausland ruft der türkische Staat aktiv zum Islam auf. Wer sich davon beeindruckt lässt, dass Erdogan hier und da eine Moschee in den USA baut oder ein islamisches Zentrum im Westen eröffnet, dem sei gesagt: Alle Regime der islamischen Welt tun das gleiche, etwa die Kleinstaaten vom Golf oder das ägyptische Regime und andere. Es ist nicht spezifisch für die Türkei. Die im Ausland lebenden muslimischen Gemeinden bauen Moscheen - mit und ohne Unterstützung der muslimischen Staaten. Wenn es um die Belange der Muslime als Muslime geht, lässt die Türkei sie im Stich. Mehr noch: Der türkische Staat unterhält diplomatische Beziehungen zum Zionistenstaat. Trotz der täglichen Verbrechen, die dieser an der palästinensischen Bevölkerung begeht, denen Erdogan angeblich beisteht, wie er stets vollmundig behauptet, hält er an der militärischen Kooperation mit dem Zionistenstaat fest. Und auch die türkische Unterstützung der Bevölkerung Palästinas macht nicht mal ein Zehntel dessen aus, was irgendein europäischer Staat leistet. Ohnehin sind diese Hilfen Teil des westlichen Plans für eine Friedenslösung mit dem Zionistenstaat. Und in Syrien hat Bashar al-Assad hunderttausende Menschen auf dem Gewissen. Die Interventionen kamen jedoch aus dem fernen Amerika und von dessen europäischen Verbündeten und aus dem fernen Russland. Als dann endlich nach langen Jahren des Mordens die Türkei begann, einzugreifen, kam es

niemand anderem zugute als dem Schlächter Bashar al-Assad. Denn die Türkei übt Druck auf Erdogan-treue Rebellengruppen aus, damit sie in Ankara, Astana, Genf und anderswo mit Assad verhandeln. Die Türkei ist der Staat, der dafür sorgt, dass die Rebellen aus den eigentlichen Kampfzonen abziehen und sich zu anderen Fronten begeben, um etwa gegen den IS (Operation „Schutzschild Euphrat“) oder gegen kurdische Verbände (Operation „Olivenzweig“) zu kämpfen. Stets endeten die Interventionen der Türkei mit dem Sieg Bashar al-Assads über die noch verbliebenen, aufrichtigen Rebellen. Im Zuge der Rohingya-Tragödie, die die Menschen weltweit zu Tränen rührte, betraute die Türkei die barbarische Armee Myanmars damit, den Rohingya-Muslimen Hilfen zukommen zu lassen, von denen die Türkei behauptete, sie geleistet zu haben. Doch die Stimmen europäischer Länder scheinen um Einiges lauter zu sein als die Stimme der Türkei, wenn es um den Beistand für die Rohingya-Muslime geht.

Damit sollte nun deutlich geworden sein, dass die Türkei ein laizistischer Staat ist, sowohl hinsichtlich der Regierungsform als auch in seiner Innen- und Außenpolitik. Der türkische Staat zeigt nicht die geringste Tendenz, das islamische Recht einführen zu wollen, sodass man zumindest sagen könnte, er gehe die Idee des „Tadarruj“ (ungeachtet der islamrechtlichen Vorbehalte) an. Da die Dinge nun so deutlich geworden sind, wäre es purer Selbstbetrug, weiter auf eine angeblich islamische Türkei Erdogans hereinzufallen. Die Türkei unterscheidet sich nicht von anderen Staaten der islamischen Welt. Träger der islamischen Da`wa werden hier genauso verfolgt und inhaftiert wie dort. Der türkische Staat duldet die Da`wa zu einer Implementierung des Islam in der Türkei nicht und stigmatisiert die Träger - nicht anders als der Westen es tut – zu Extremisten und Terroristen.

Die Gefolgschaft des türkischen Präsidenten Erdogan

Was die Frage der Gefolgschaft Erdogans in seiner Außenpolitik betrifft, so bedarf es keiner besonders tiefgründigen Analyse. Die Türkei war es vor Erdogan und sie ist es auch mit ihm - ein Mitgliedsstaat der Nato. Das heißt, sie untersteht offiziell der militärischen Befehlsgewalt der USA. Die Türkei stellt mit der Basis in Incirlik einen der größten Militärstützpunkte der Nato zur Verfügung. Von dort aus starten US-Flieger, um Luftschläge gegen die Muslime in Syrien und im Irak auszuführen. Dies von einer Seite. Von der anderen Seite bemüht sich die Türkei seit Jahrzehnten um einen Beitritt in die EU und betrachtet sich als europäischer Staat. Den Bedingungen für einen Beitrittsantrag hat sie sich gebeugt. Trotz der Weigerung, die die europäischen Staaten ihr gegenüber aufgrund der mehrheitlich muslimischen Bevölkerung zeigen, was Fakt ist, rückt die Türkei nicht von der Forderung ab, vollwertiges Mitglied der EU zu werden. Demzufolge ist die Türkei ein westlich orientierter Staat. An dieser Linie hat auch ein Präsident wie Erdogan nichts geändert. Seine verstärkten Beziehungen zur islamischen Welt sind zum einen schlicht die Reaktion auf den verwehrteten Beitritt in die Europäische Union. Zum anderen handelt es sich um Beziehungen zu Regimen im Rahmen der bestehenden Ordnung, ohne auch nur den Versuch zu unternehmen, an diesem Status Quo etwas zu ändern. Das ist offensichtlich und bedarf keiner besonderen Beweise.

Politiker, die die Politik von Staaten hinterfragen, erkennen ohne große Mühe, dass eine enge Bindung des türkischen Staates zu den USA existiert. Die USA waren es, die Erdogan und seiner AKP geholfen haben, die Kontrolle in der Türkei zu erlangen, etwa durch vielerlei politische Mittel und durch finanzielles Entgegenkommen. Die USA wollten die pro-europäischen Generäle der türkischen Armee in die Schranken weisen. Und genau das ist nach dem gescheiterten Putsch von 2016 in Erfüllung gegangen, trotz der inszenierten Show um die Bezeichnung Fethullah Güdens und um eine Teilschuld der USA, hinter dem Putschversuch zu stecken. Doch die Syrien-Krise ist das markanteste Beispiel, welches die enge Bindung der Erdogan-Türkei zu den USA offenbart. So wurden die aus der syrischen Armee desertierten Offiziere ganz offen von den türkischen Geheimdiensten empfangen und das Seite an Seite mit amerikanischen Geheimdiensten. Es waren die Bemühungen, den Körper einer bewaffneten Opposition aufzubauen, wie „Hai'at al-Arkan“ und die „Oberste Führung der bewaffneten Fraktionen“. So sollte die syrische Revolution und die bewaffneten Rebellengruppen von ihrer eigentlichen Linie, das Assad-Regime zu stürzen und den Staat des Islam aufzubauen, abgebracht werden. Die Türkei und die USA haben Hand in Hand und offen zusammengearbeitet. Das ist bei den Konferenzen der syrischen Opposition in Istanbul und Ankara offensichtlich geworden, die stets unter der Aufsicht des US-Botschafter Syriens, Robert Ford, abliefen. Als die USA nach der Amtsübernahme Trumps entschieden hatten, den Syrien-Verhandlungen mit Russland fernzubleiben, setzten sie die Türkei als ihre Stellvertreterin bei den Verhandlungen in Astana ein. Diese Verhandlungen ließen in Amerika den Traum von einem „Waffenstillstand“ in Syrien, von den „Deeskalationszonen“ und von der Idee der „Garantiemächte“ erwachen. Eine dieser Garantiemächte ist die Türkei, die für einen Waffenstillstand bürgen sollte. Doch weder das Assad-Regime noch die Russen haben die Waffen ruhen lassen - und die Türkei konnte für nichts garantieren. Ähnlich ist das Beispiel der USA im Sicherheitsrat, die dort ihre vermeintlichen Sorgen zum Ausdruck brachten, während das syrische Verbrecher-Regime in West-Ghouta den Fluss Barada und in Ost-Ghouta Shaifuniya und andere Orte unter seine Kontrolle brachte. Auch war Idlib Ziel der kriegerischen Angriffe. Das alles sind Regionen, die zu den „Deeskalationszonen“ gehören und für die die Türkei als Garantiemacht fungierte. Die Politik der USA deckt sich diesbezüglich mit der Politik der Türkei, die da lautet: „Lasst das Regime siegen.“ Erdogan ist den USA gegenüber treu ergeben und betreibt seine komplette Außenpolitik in enger Abstimmung mit den Amerikanern.

Die Anziehungskraft der Türkei auf die „gemäßigten“ Gruppierungen

Die Bemühungen der Türkei, die gemäßigten Gruppierungen auf ihre Seite zu ziehen, sind augenscheinlich. Dabei geht sie nach dem Prinzip westlicher Politik vor: Teile und herrsche. Die Türkei als ein großes „sunnitisches“ Land vermag es, „islamisch-sunnitische“ Gruppierungen anzuziehen ebenso wie der Iran imstande ist, die „islamisch-schiitischen“ Gruppierungen an sich zu binden und nach exakt der gleichen Politik des Westens („Teile und herrsche“) zu agieren. Und weil der türkischen AKP der Ruf anhaftet, eine „islamische“ Partei zu sein, erweist sich dieser Prozess als einfach. Arabische Gruppierungen, die als „islamisch-moderat“ betrachtet werden, sind in der Türkei daher besonders aktiv und Istanbul ist zu einer Oase für Muslimbrüder geworden, vor allem für die, die 2013 nach dem

Putsch gegen Präsident Mursi vor dem Sisi-Regime aus Ägypten fliehen mussten. Aus diesem Grund finden ihre Konferenzen dort statt, werden dort Stipendien vergeben und „islamisch-gemäßigte“ Parteien gefördert. Es scheint eine neue Politik zu sein, die Erdogan adoptiert hat und die seit der dunklen Ära Atatürks keiner seiner Vorgänger jemals so betrieben hat. Durch die Unterstützung der USA und durch deren Vereinfachungen, erfreut sich Erdogan unter den sogenannten gemäßigten Gruppierungen in der arabischen Welt großer Beliebtheit und wird er mittlerweile als der „große islamische Führer“ gefeiert. Rashid al-Ghannouchi, Vorsitzender der tunesischen Nahda-Partei, singt Loblieder über ihn und al-Qardawi bezeichnete ihn gar als „Sultan“. Für viele Hamas-Führer, die sonst vor verschlossenen Türen standen, wurde die Türkei zu einem Zufluchtsort, insbesondere nach dem Bann Saudi-Arabiens und Ägyptens gegen Katar und nach der anschließenden Aufforderung Katars an die Hamas-Funktionäre, das Land zu verlassen.

Geht man ins Detail, stellt man fest, dass Staaten, die eine regionale Macht besitzen, stets versuchen, Einfluss auf interne Verhältnisse in den schwächeren Nachbarländern zu nehmen. Das tun sie mittels der Oppositionellen und der Parteien bzw. mittels der bewaffneten Gruppen in den Konfliktherden. Ist der Einfluss von Großmächten auf kleinere Staaten stark, ist auch die Einflussnahme der kleinen Staaten auf die Parteien und Gruppierungen in den Nachbarländern stark. Die Türkei (und dahinter die USA) möchte diese Gruppierungen - auch wenn im Verborgenen - auf ihre Seite ziehen, sodass diese zu keinem Hindernis für die Politik der USA werden. Die USA hoffen darüber hinaus noch, sich diese Parteien als weiteres Werkzeug ihrer variablen Politik einzuverleiben. Man fördert sie finanziell und politisch, stellt ihnen mediale Plattformen zur Verfügung und man vereinfacht es den Führungskadern, die von den eigenen Regierungen verfolgt werden, ein sicheres Exil zu finden. So sollen folgende Ziele erreicht werden:

1. In Palästina wollen die USA, dass die Türkei in Konkurrenz zu Katar Einfluss auf die Hamas nimmt, damit das Emirat – und damit Europa – amerikanische Pläne für eine Friedenslösung in Palästina nicht torpedieren kann. Die Türkei kann das nur bewerkstelligen, wenn sie mit finanziellen Hilfen und diversen Zugeständnissen lockt.
2. In Syrien schaffte es die Türkei durch Geld und durch den Ruf, einen „gemäßigten“ Islam zu vertreten, die meisten der bewaffneten „gemäßigten“ Rebellengruppen an den Verhandlungstisch zu Waffenstillstandsgesprächen zu locken. Sie zitierte sie etwa nach Astana, um mit den Russen und mit dem Regime zu verhandeln und suggerierte ihnen, die Türkei stünde als „Garantiemacht“ an ihrer Seite. Sie trieb sie zu verbotenen Schlachten hin, um etwa gegen die Kurden anstatt gegen das brutale Regime und für dessen Sturz zu kämpfen. Das ist eines der Geheimnisse, warum das syrische Regime überhaupt noch am Leben ist, welches die USA mithilfe der Türkei weiter verlängern wollen.

Nach dem Putsch in Ägypten 2013 sind viele aus der Führungsriege der Muslimbrüder wegen der vermeintlich islamischen Ausrichtung der Regierungspartei AKP ins türkische Exil gegangen. Für die Politik der USA ist das von vitaler Bedeutung. Sie möchten jeden einzelnen Schritt der Muslimbrüder nach dem Putsch gegen Mursi unter Kontrolle wissen und jede potentielle Gefahr für das Sisi-Regime ausschließen. Bleiben die Aktivitäten nämlich unter Beobachtung, kann ihnen entgegenwirkt und für ihr Scheitern gesorgt

werden. Zudem möchte man von US-Seite die Beeinflussung der Muslimbrüder nicht allein Katar überlassen.

In den Maghreb-Staaten sind die gemäßigten Bewegungen, wie etwa die tunesische Nahda-Partei oder die marokkanische „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ beeindruckt ob der Leistungen Erdogans für sein Land. Diese Erfahrungen in der Regierung möchten sie erlernen und verstärkt Beziehungen zur Türkei aufbauen. Und genau das ist das Tor für eine türkische und somit US-amerikanische Einflussnahme auf die nordafrikanischen-Staaten. Es ist einer von vielen Schlüsseln, um sich Zugang zu den Maghreb-Staaten zu verschaffen. Und es ist der Versuch, die britische bzw. französische Hegemonie durch die amerikanische zu ersetzen. Es ist ein gefährliches Spiel der gemäßigten Bewegungen, das dazu führt, dass sie sich auf dem Schauplatz internationaler und regionaler Auseinandersetzungen wiederfinden, die weder mit ihrem Din noch mit ihren selbsterklärten Prinzipien etwas zu tun haben. Und so laufen sie Gefahr, wie säkulare Bewegungen auch, als Kanonenfutter in Konflikten zu enden, von denen die Umma keinerlei Nutzen hat. Islamrechtlich betrachtet ist das Ersetzen eines säkularen Systems durch ein anderes säkulares System auch an sich keine Veränderung. Doch in den internationalen Auseinandersetzungen ist ein solcher Wechsel von enormer Bedeutung, vor allem, weil die USA die Absicht tragen, die Regime, deren Loyalität den Briten bzw. den Franzosen gilt loszuwerden. Dabei ist ihnen jedes Mittel recht, ob Wahlen oder Waffen.

Auch auf „islamistische“ Oppositionelle vieler anderer Länder übt die Türkei eine Anziehungskraft aus, zumal sie immer wieder nach außen kommuniziert, Zentrum des sunnitischen Islam zu sein. Das vermittelte die Türkei etwa, als der Kampf um Mossul entbrannte. Das gehört mit zu den amerikanischen Projekten einer konfessionalistischen Teilung der Region

Die Ernsthaftigkeit des Projektes „osmanische Türkei“ und die amerikanischen Zugeständnisse

Nachdem mit Mustafa Kemal jegliche osmanische Verbindung zur laizistischen Türkei gekappt war, ist in den letzten Jahren zu beobachten, dass Erdogan an diesem politischen Dogma in der Türkei zu kratzen, ja sogar damit zu brechen begann. Mit diesen Versuchen stößt Erdogan allerdings auf den Widerstand der kemalistischen rechts-nationalen Strömungen im Land, die auch ein Erdogan nicht unterschätzt. Immer wieder wurde etwa Kritik an der Ehefrau des damaligen Präsidenten Abdullah Gül laut, die sich in der Öffentlichkeit mit Kopftuch zeigte. Die „First Lady“ der Türkei dürfe nicht an den laizistischen Prinzipien des Landes kratzen, so die Auffassung der Kemalisten, denn das Kopftuch sei ein äußeres Merkmal des Islam. Doch in den vergangenen Jahren wagte sich Erdogan noch weitaus mehr. Nun werden auch typisch osmanische Symbole in der Türkei äußerlich sichtbar, wie die Garde Erdogans, die sich in osmanischer Tracht präsentiert. Das osmanische Erbe erlebt eine Renaissance. In diesem Zusammenhang berichtete die türkische Nachrichtenagentur Anadolu am 10.02.2018: „Am Samstag übte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan Kritik an denen, die der Geschichte Sultan Abdulhamids II, die reich an Errungenschaften ist, feindselig gegenüberstehen. Und er mahnte davor,

Geschichte auf selektive Weise zu studieren.“ Weiter verwies Erdogan darauf, dass es Leute gebe, die darauf bestünden, dass die Geschichte der Türkei erst mit dem Jahr 1923 (dem Jahr der Gründung der türkischen Republik) beginne. „Es gibt Menschen, die größte Mühe dafür aufwenden, uns unserer tiefen Wurzeln und Werte zu berauben“, so Erdogan. Er sagte weiter: „Das Lager, dem der Oppositionsführer angehört (Kemal Kilicdaroglu, Chef der Republikanischen Volkspartei) hat einen Standard für die Treue zur Republik festgesetzt, der auf eine feindselige Haltung gegenüber den Vorfahren beruht.“ „Für sie ist die Türkische Republik etwas Neues und repräsentiert nicht die Fortführung dessen, was die Seldschuken und Osmanen begründeten, die sechs Jahrhunderte lang die Weltordnung bestimmten.“

Soviel zu dem, was die Türkei im Inneren betrifft. Hinsichtlich der Zugeständnisse, die seitens der USA geboten werden, um der Erdogan-Türkei ein „osmanisches“ Antlitz zu verleihen, so lässt sich dies aus folgenden Aspekten herauslesen:

Die USA machen es der Türkei sehr leicht, eigene auswärtige Militärstützpunkte zu errichten. Dazu gehört, dass man die Türkei als großen Staat inszeniert. Angefangen hat es 2014, als die Türkei Streitkräfte in das nordirakische Ausbildungslager Bashiqa verlegte, um Peshmerga-Einheiten zu trainieren. Anschließend und inmitten der Katar-Krise entsandte die Türkei Truppen in eine neu errichtete türkische Militärbasis im Emirat Katar. Auffällig war, dass 2017 türkische Soldaten in al-Adid, dem riesigen US-Militärstützpunkt in Katar, Halt machten, was ohne Einverständnis der Amerikaner undenkbar wäre. Offenbar wollen die USA gemäß der Strategie von 2012, an ihrer Stelle zuverlässige Staaten wie die Türkei in einige Stützpunkte stationieren, zumindest in Teilen davon, wie in al-Adid. In der Strategie von 2012 war von Plänen die Rede, zwei Drittel der US-Streitkräfte in den Raum China zu verlegen. Auch in Somalia verfügt die Türkei mittlerweile über eine Truppenbasis. Kleine Staaten haben im Ausland normalerweise keine eigenen Militärstützpunkte, denn diese stehen symbolisch für eine Großmacht. Doch sollte es jemand in den Sinn kommen, dass die Türkei damit eine Großmacht sei, so bewiese es ein schlechtes politisches Denken. Die Türkei erweist sich als unfähig, die Probleme vor der eigenen Haustür zu lösen und die zudem von vitalem Interesse für sie sind. Ein Beispiel ist, dass die Kurden in Syrien von den USA mit Waffen versorgt wurden, und zwar aus ganz eigenen nationalen Interessen. Die Türkei ist nicht imstande, effektiv im Nachbarland Syrien einzugreifen, wie es etwa der Iran, Russland und die Allianzpartner der USA getan haben. Und wenn die Türkei schon unfähig ist, ihre vitalen und nächst gelegenen Probleme zu lösen, so ist sie umso weniger imstande, nationale Interessen in Katar, in anderen Golfstaaten oder in Somalia aufzubauen. Ihre militärischen Stützpunkte in jenen Ländern sind nur als Dienst an Amerika zu verstehen.

Am 24.12.2017 besuchte Erdogan auf seiner Sudan-Reise die Insel Sawakin. Dort wurde ein Projekt zur Restaurierung osmanischen Kulturguts angekündigt. Die Insel war zu osmanischer Zeit eine zentrale Hafenstadt am Roten Meer. Das Sawakin-Abkommen soll jedoch einigen Berichten zufolge Geheimzusätze enthalten, wonach die Insel in einen türkischen Truppenstützpunkt umgewandelt werden soll. Beim dem Treffen beider Staatschefs erklärte Bashir, er sehe in der Person Erdogan „Relikte des osmanischen Staates“. So bereist Erdogan also Staaten, die den USA treu ergeben sind, wie den Sudan, um das neue osmanische Bild der Türkei in den Vordergrund zu stellen. Dieser Vorgang

wird Erdogan enorm vereinfacht, was ohne die USA, die ihm den Weg dazu ebnet, niemals funktionieren würde. Und wer glaubt, arabische Regenten hätten die Freiheit zu entscheiden, der Türkei oder anderen Staaten Platz für Militärstützpunkte zu bieten, der irrt. Denn jeder von ihnen dient der Politik seines jeweiligen Meisters - Bashir in diesem Fall der Politik Amerikas. Das Entgegenkommen Bashirs gegenüber Erdogan ist ausschließlich im Rahmen der amerikanischen Politik zu verorten. Gegenwärtig besteht sie darin, der Türkei ein bestimmtes Image zu verschaffen.

Während seines Besuches in den Tschad verwies Erdogan darauf, dass „die Beziehungen beider Länder bis ins 16. Jahrhundert reichen, als die Region dem Einflussbereich des osmanischen Staates unterstand.“ Der Präsident des Tschad, Idris Ebi, antwortete mit den Worten: „Die Türkei ist ein großer Staat, der tiefe Wurzeln hat. Es ist ein Staat, der international bekannt und berühmt ist. Es ist ein wichtiger Staat, der im Laufe der Geschichte eine bedeutende Rolle im Namen der Menschlichkeit und der islamischen Gesellschaft gespielt hat.“ (Anadolu, 26.12.2017) All das illustriert die neue Ausrichtung der Türkei, indem das Bild einer „neo-osmanischen Türkei“ präsentiert wird. In den ersten Jahren der Amtsführung Erdogans existierte all das nicht, sondern ist erst in den letzten Jahren zu beobachten

Bleibt noch die Frage, wie ernst es die Amerikaner mit dem Projekt „neo-osmanische Türkei“ meinen. Uns ist bewusst, dass die Ängste der USA vor dem Beben eines Kalifats real sind und dass die USA deshalb eine Politik betreiben, die von höchsten offiziellen Stellen umgesetzt wird. Die Ängste sind nicht einfach Ideen, die aus amerikanischen Forschungsinstituten oder den Think-Tanks kommen. Wenn die USA aus Baghdadis Ausrufung eines vermeintlichen Kalifats in Mossul profitieren konnten, so der, dass dies zu einem Chaos auf dem syrischen Feld geführt hat, wo die Rufe nach dem Kalifat zu vernehmen waren. Das Kalifat Baghdadis präsentiert sich als eine Mischung aus Blutrünstigkeit, sexueller Ausbeutung von „Sklavinnen“ und Rechtssprüchen, die mit dem Besuch von Friedhöfen, Grabstätten und Schreinen zum tun haben. Somit stellt man ein verheerendes Bild des einzigartigen Kalifats zur Schau. Dies von einer Seite. Von der anderen Seite scheiterte die Politik der USA und des Westens allgemein in dem Vorhaben, Vertreter des „moderaten Islam“ regieren zu lassen. In Tunesien scheiterte die Nahda-Partei bei der Regierungsbeteiligung ebenso wie die „islamisch-gemäßigte“ Partei im Jemen. Auch erwies sich das Experiment in Gaza wie das der Muslimbrüder in Ägypten als fehlgeschlagen. Aus amerikanischer Sicht waren es hauptsächlich deshalb Misserfolge, weil die Regierungsübernahme durch diese Gruppierungen nicht dazu geführt hat, dem sogenannten „extremistischen Islam“ Einhalt zu gebieten. Denn das war das Ziel, das hinter dem grünen Licht der USA steckte, die gemäßigten Gruppen an die Macht zu lassen. Die USA rückten daher wieder von der Idee ab, solche Gruppen regieren zu lassen

Ein dritter Aspekt ist, dass der Widerstand der islamischen Umma immer größer wird und die USA befürchten, von etwas Ähnlichem wie dem Arabischen Frühling überrascht zu werden. Die USA als Großmacht testen stets unterschiedliche Pläne aus, entweder selbst oder über ihre Getreuen, bis sie ihre internationalen Interessen in Sicherheit wissen. Daher gilt es als sicher, dass Amerika nach einer neuen Lösung für das Problem der Aufsässigkeit in der islamischen Welt sucht, damit die Entwicklungen nicht zu Überraschungen führen wie dem großen Beben, dem wahren Kalifat nach dem Plane der Prophetenschaft.

Die USA haben sehr wohl großen Nutzen aus Baghdadis vermeintlichem Kalifat in Mossul gehabt. Daher sind Einwände nicht haltbar, die in Abrede stellen, dass sich so etwas wie ein „falsches Kalifat“, das von der USA gefördert wird, wiederholen könnte. Es kamen von Erdogan genug Andeutungen, in denen er eine Verbindungslinie herstellte zwischen der Türkei von heute und dem osmanischen Kalifat von vor 1923 (dem Jahr seiner Abschaffung). Die USA vereinfachen der Türkei den Zugang zu Staaten, die den USA zugewandt sind, wie z.B. zum Sudan. Möglich, dass sich das amerikanische Projekt noch in der Anlaufphase befindet und Erdogan Möglichkeiten sondiert, dieses Projekt umzusetzen. Was ebenfalls dafür spricht, sind die „Scharmützel“, die sich die Türkei – ähnlich wie in osmanischer Zeit - mit den europäischen Staaten liefert. So hat Erdogan Deutschland und die Niederlande als „Nazi-Überbleibsel“ bezeichnet und ihnen ungewohnterweise den Rücken gekehrt.

Fazit: Es wäre nicht klug, sämtliche Indizien zu ignorieren, die auf ein hochgradig gefährliches amerikanisches Projekt hindeuten, wonach die Türkei in eine Art „Fake-Kalifat“ umgeformt werden soll, als Bollwerk gegen ein wahres Kalifat, welches die Welt erbeben lassen würde. Das Projekt eines „gefälschten“ Kalifats würde bei den Muslimen Verwirrung stiften, besonders unter den Anhängern des sogenannten gemäßigten Lagers, deren Führer daran arbeiten, das Vertrauen in Erdogan aufzubauen. Manch einer bezeichnet ihn als Sultan, obwohl er selber aus seinen Beziehungen zu den Ungläubigen keinen Hehl macht, unter anderem auch zu dem Zionistenstaat. Es ist unmöglich, Projekte wie diese innerhalb weniger Monate in die Tat umzusetzen. Sie bedürfen der umfassenden Vorbereitung sowohl intern mit den kemalistischen Parteien als auch extern.

Doch das Wichtigste ist: Von den Aufrichtigen, die vereint der reinen und klaren Linie des Islam gemäß seiner Rechtsquellen folgen, deren Tätigkeit allein Allah gewidmet ist, wird gefordert, dass sie sich ernsthaft an den Aufbau des starken Staates des Islam machen, dem zweiten rechtgeleiteten Kalifat nach dem Plane des Prophetentums. Die Loyalität dieses Staates wird ausschließlich Allah gelten. Seine Gesetze werden die Gesetze des Din sein. Dieser Staat wird Amerika und den Westen erbeben lassen. Er wird unmittelbar damit beginnen, sowohl den Einfluss als auch die Militärstützpunkte dieser Länder aus der islamischen Region zu verdrängen. Er wird den Körper der islamischen Umma von den Vasallen befreien. Dieser Staat wird sich an die Umsetzung der Gesetze des einzigartigen Islam machen. Die Menschen werden das Glück und den Segen spüren, der ihnen zuteil werden. Das Blatt wird sich für die Umma von heute zum Guten wenden, so wie es sich einst für sie zum Guten wendete. Der Staat wird die Energien der Umma bündeln, ihre Stärke wiederherstellen und den eigenen Feind und den Feind Allahs in Angst versetzen. Es liegt nicht in weiter Ferne. Alles kommt zu seiner Zeit. Wir bitten Allah, dass es bald sein möge. Eines Tages werden sich die Gläubigen über den Sieg Allahs freuen und über den Triumph des großartigen Islam.

Quelle: [Die Zeitschrift al-Waie, Ausgabe 378/379/380, 33.Jahrgang, Rajab/Shaban/Ramadan 1439 n.H. \(April/Mai/Juni, 2018 n.Chr.\)](#)